

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.
Wortführerlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Posthaltungen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(1914-1915)
Berlin N.O. 55, Graefswalder Straße 221/222.

Anzeigen zur Seite:
Gesetzblatt, 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.
Verbandsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Graefswalderstraße 221/222.
Journaldirektor: Kurt Alexander, Dr. 492.

Nr. 9/10.

Berlin, Sonnabend, 2. Februar 1918.

Fünzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Pflicht zur Organisation. — Das preussische Wohnungsgesetz angenommen. — Das ländliche Genossenschaftswesen nach dem Krieg. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands- und Angelegen.

Die Pflicht zur Organisation.

Selbst die hartgesottensten Gegner der Arbeiterorganisationen können nach den Erfahrungen der Kriegszeit nicht mehr in Abrede stellen, daß diese nicht nur ihre volle Schuldigkeit im Interesse des Vaterlandes getan haben, sondern daß es sogar ein schwerer Nachteil für unser Wirtschaftsleben gewesen wäre, wenn solche Organisationen im Deutschen Reich nicht bestanden hätten. Die Berufsorganisationen der Arbeiter haben sich als eine nationale Notwendigkeit erwiesen. Das ist oft genug von den höchsten Stellen in Reich und Staat auerfennend zum Ausdruck gebracht worden. Abgesehen davon, daß es in der Hauptstadt ihrem Konto antaatschrieben werden muß, wenn unsere Feldarbeiten das notwendige Nahrungsmittel liefern könnten, auch auf allen Gebieten der Volksernährung sowie der sozialen und Kriegswirtschaftlichen Vorfälle haben sie tätige und wertvolle Mitarbeit geleistet.

Was nicht das alles aber, so werden die Träger ein, wenn wir trotzdem unter so harten Entbehrungen zu leiden haben? Gewiß, ideale Zustände haben auch die Organisationen nicht schaffen können. Dazu waren die Verhältnisse zu hart. Inwiefern man sollte nicht verwirren, daß wir ganz ohne Zweifel noch viel schlechter gestellt wären, wenn nicht überall die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft ein Wort hätten mit in die Waagschale werfen können. Denken die Arbeiter haben dies ohne weiteres ein. Sie stützen deshalb die Organisation, indem sie sich ihr anschließen und ihr ständig neue Anhänger zuführen bedacht sind. Leider aber gibt es noch unangehörige Massen, die für das gegenwärtige Wirken der Organisation kein Verständnis zeigen, die ihr teilnahmslos und gleichgültig gegenüber stehen und allen Verbindungen ihrer organisierten Kollegen, die zum Zusammenschluß mit ihren Berufsgenossen zu bewegen, hartnäckigen Widerstand entgegensetzen.

Bei einem Teil dieser Indifferenten fehlt es tatsächlich an der nötigen Einsicht in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Durch ständige Zufälle sind sie vielleicht von den Notfällen des täglichen Lebens verblendet worden, in denen die Organisation für ihre Mitglieder eintritt. Zum Teil sind sie auch so stumpfsinnig und gleichgültig, daß sie sich um die Vorzüge und Zusammenhänge im wirtschaftlichen Leben nicht kümmern, daß sie sie nicht verstehen und deshalb den Wert und die Bedeutung der Organisation nicht zu schätzen vermögen. Sie glauben, wie es kommt, so kommt es. Einen Einfluß auf den Gang der Entwicklung halten sie nicht für möglich, oder sie machen sich wenigstens nicht klar, daß ein solcher Einfluß von irgend einer Stelle ausgeht werden könnte. Daher ihre Gleichgültigkeit gegen die Organisation, deren inneres Leben und weites Reiches Wirken ihnen fremd bleibt. Man könnte solche Leute wegen ihrer Einsicht und Kurzsichtigkeit fast bedauern. Aber damit ist der Sache der Arbeiter nicht gedient. Vielmehr muß durch unermüdbare und nie erlahmende Aufklärungsarbeit immer und immer wieder versucht werden, diesen Menschen die Augen zu öffnen, bis sie endlich den Weg zu ihren Berufs- und Standeskollegen gefunden haben. Freilich die Mühe ist oft nicht gering, und mancher Versuch wird fehlschlagen. Aber Eifer und Beharrlichkeit

haben auch hier schon häufig zum Ziele geführt. Deshalb darf die Erziehungs- und Aufklärungsarbeit niemals unterbrochen, sondern muß trotz mancher Mißerfolge stets von neuem aufgenommen werden.

Biel schlimmer ist eine andere Art von Unorganisierten. Indifferent, d. h. gleichgültig gegenüber der Organisation kann man sie nicht nennen. Denn sie kennen und schätzen wohl den Wert der Organisation, weil sie ihn oft genau am eigenen Leibe verspürt haben. Aber diese Ueberschläuen sagen sich: Was die Organisation leistet, tut sie ja nicht allein für ihre Mitglieder, sondern für die Gesamtheit der Arbeiter. Wozu soll ich mich da in Kosten stützen und alle Woche Beiträge bezahlen? Wägen das die andern tun. Den Nutzen von der Organisation genieße ich doch mit. Ganz abgesehen von der Verantwortlichkeit einer solchen Denkweise, sind diese sich selbst so schlau vorkommenden Leute im Grunde genommen herzlich dumm. Zunächst ein paar Worte über die Verantwortlichkeit solcher Auffassung! Ein sogenannter „Rassauer“, d. h. ein Mensch, der stets andere für sich bezahlen läßt, ist nirgends sehr angehen und beliebt. Noch mehr muß das für Arbeiter gelten, die ihre unter demselben harten Lohne leidenden Kollegen die Kosten bezahlen lassen für die Mittel, mit denen eine Verbesserung der Lage, eine Verringerung des Lohnes herbeigeführt werden soll und kann. Wer ernten will, der muß auch säen, und wer essen will, muß etwas in den Topf legen. Ohne Rechte keine Pflichten. So muß ein verständiger Mensch denken. Wer nur die Früchte genießen will, die die Arbeit der Nachbarn zur Reife gebracht hat, der ist ein Casoit. Ja, noch mehr! Die Zugehörigkeit zur Organisation erfordert nicht nur die Zahlung von Beiträgen, sondern auch mannhafte Eintreten für die Forderungen, die sie als richtig erkannt und für deren Erfüllung sie im Interesse der Arbeiterschaft zu wirken hat. So mancher Organisierte hat dabei schwere Opfer gebracht; mancher hat Einbuße an Verdienst erlitten, mancher eine Poststelle verloren, mit der er dauernd oder doch wenigstens noch auf Jahre ac-redmet hatte. Wenn auch natürlich in solchen Fällen die Organisation hinter ihrem Mitglieder steht und ihm einen starken Rückhalt gewährt, in vollen Maße vermag sie ihm nicht immer zu ersetzen, was er im Interesse seiner Mitarbeiter accepiert hat. Und weiter! Mühen nicht leider oft Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse durch harte Kämpfe erlangen werden? Wer trägt hier die Hauptlast? Wieder die Organisation. Unter solchen Umständen verdient der Friedebereiter, der obwohl er die Bedeutung des Zusammenrückens der Arbeiter erkennt, aber selbst unorganisiert bleibt, weil er ja doch die von der Organisation erreichten Vorteile mitangehen darf, höchste Verdachtna. Wer von einem Tische mitißt, zu dem er selbst nichts beigetragen hat, ist ein Schmarotzer, der sich nicht zu wundern braucht, wenn seine Genossen ihn geringlich über die Schulter anziehen.

Er ist aber auch ein schlechter Rechner. Die Vorteile, die eine Organisation bringen, der Sehen, den sie stützen kann, werden natürlich umso größer sein, je schwerer das Gewicht ist, das sie in die Waagschale zu werfen vermag. Und dieses Gewicht wird gebildet von der Zahl der Anhänger, auf die sich eine Organisation berufen kann. Jeder Fernstehende schwächt also den Einfluß der Organisation, jedes neue Mitglied vermehrt ihn. Keine Schlaumeier also, die aus Betragsachen den Anschluß nicht vollziehen, schaden sich dadurch selbst. Würden sie alle der Organisation beitreten und damit deren finanzielle und moralische Wachstumsmittel verstärken, dann würden die Berufsvereinigungen

der Arbeiter noch einen ganz andern Machtstapel bilden als heute, ganz abgesehen von den direkten materiellen Vorteilen, die jedem Mitgliede aus seiner Zugehörigkeit zum Berufsverein erwachsen.

Also Anstand und Ueberlegung zwingen heute jeden Arbeiter, der auf sein und seiner Familie Fortkommen bedacht ist, Ansdluß an seine Berufs-kollegen zu suchen, einer Organisation beizutreten. Und wer gar offenen Auges in die Zukunft blickt, wer an die Umwälzungen denkt, die der Friedens-schlus auch in unserm Wirtschaftsleben zur Folge haben muß, und überlegt, daß diese Umwälzungen sich nicht ohne Reibungen vollziehen werden, für den muß es unerlässlich feststehen, daß alle seine Gedanken auf die Stärkung der Organisation ge-richtet sein müssen.

Für welche Organisation wir wirken und werden müssen, kann uns als Gewerksvereiner nicht zweifelhaft sein. Unsere Gewerksvereine haben in diesen harten Prüfungsahren getreulich gehalten, was ihre Mitglieder von ihnen erwartet haben und erwarten dürfen. Ihre Grundanschauungen sind in der Not des Krieges mehr noch als bis dahin Gemeingut der gesamten deutschen Arbeiterbewegung geworden. Niemals hat sich deutlicher gezeigt, daß der Weg, auf dem Dr. Marx S i r i ch die deutschen Arbeiter zu höherer Kultur emporführen wollte, der richtige war. Und wer noch im Unklaren war über die Bedeutung und die Notwendigkeit einer auf freibeitlich-nationaler Grundlage aufgebauten Organisation, dem müßten die an dieser Stelle unter dem Titel „Freibeitlich-national“ veröffentlichten Aufsätze unseres Kollegen Hartmann doch wohl die Augen geöffnet haben. Die Deutschen Gewerksvereine verdienen es, daß wir alle uns mit aller Entschiedenheit, mit Ernst und Eifer für sie ins Zeug legen. Ihre Stärkung durch Zuführung neuer Mitglieder darf auch nicht einen Augenblick vernachlässigt werden. Wir müssen uns mehr Bedeutung verschaffen, auch durch die Mitgliederzahl. Im Herbst dieses Jahres werden es 50 Jahre, daß Dr. Marx S i r i ch den Grundstein zu unserer Organisation, dem Verband der Deutschen Gewerksvereine gelegt hat. Nicht durch rauschende Feste wird dieser Gedenktag gefeiert werden, sondern ruhig und würdig, wie es dem Ernst der Zeit und der Geschichte unserer Organisation entspricht. Nicht besser aber werden wir im Sinne unseres unvergesslichen Begründers wirken können, als wenn wir die Zeit bis zu unserm Verbandstages dazu benutzen, recht viele neue Mitglieder zu gewinnen, das Gefühl der Pflicht zur Organisation unter den Unorganisierten zu wecken. Die Arbeit kann nicht schwer sein, wenn wir uns auf die Bergangenheit der Gewerksvereine und ihr Wirken in der Kriegszeit berufen, und der Erfolg ist uns sicher, wenn wir mit dem heiligen Ernst ans Werk gehen, den die Bedeutung der Stunde erfordert. Sei ein jeder von uns ein Mehrer unserer Anhänger und Förderer der Organisation zum Segen der Arbeiterschaft und der friedlichen und gedeihlichen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft.

Das preussische

Wohnungsgesetz angenommen.

Als feinerzeit das Wohnungsgesetz vom Abgeordnetenhaus verabschiedet war und die Vorlage an das Herrenhaus zur verfassungsgemäßen Verabschiedung ging, äußerten wir an dieser Stelle Befürchtungen, die Wohnungsreform könnte durch eine im Herrenhause einsetzende Opposition gefährdet werden. Wenn nun auch durch die Taktik der Herrenhäuser eine Verzögerung in der Verab-

schiedung des Geiehes eingetreten ist, so ist es doch endlich gelungen, den grundlegenden Gedanken einer Wohnungsreform in Preußen zur Durchführung zu bringen. Es stehen zwar noch einige Formalitäten aus, immerhin kann aber gesagt werden: Das preußische Wohnungsgezet ist erledigt; es wird demnächst in Kraft treten.

Dem Herrenhaufe lag das Gezet am 15. Januar zur Beratung vor. Einige Oberbürgermeister erhoben zwar noch Einwendungen gegen die nach ihrer Meinung erfolgte Einschränkung der Selbstverwaltung, schließlich wurde aber das Gezet in der vorliegenden, in einigen Paragraphen abgeänderten Fassung einstimmig angenommen. Staatssekretär a. D. Dr. Terubura hatte in der Aussprache die Wichtigkeit des Geiehes hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß seit 1911 keine neuen Wohnungen mehr herbeigeführt worden sind; es müsse jährlich 1 Milliarde verbaut werden, um dem deutschen Volke die nötigen Wohnungen zu geben. Finanzminister Bergt erkannte an, daß große Mittel notwendig sein werden, neue Vorlagen werden dem Landtag gemacht werden müssen.

Venerkenswert ist, daß unter Führung des Teutschen Vereins für Wohnungsreform eine Anzahl Vereinnahmen für Wohnungsweisen und Verbände von Bauangelegenheiten dem Herrenhaufe eine Einabe betreffend Erledigung des Wohnungsgeiehes unterbreitet hatten. Unter Hinweis auf weitergehende Wünsche der Wohnungsreformer, die jedoch in Hinblick auf ein Zustandekommen des Geiehes zurückgestellt worden seien, wurde in der Einabe die dringende Bitte an das Herrenhaus gerichtet, die etwa noch bestehenden einzelnen Besenken gegen den Geieesentwurf in derselben Weise zurückzustellen, wie das Abgeordnetenhaus es getan habe, und die Vorlage in der jetzt gegebenen Form billigen und baldigt beratschieden zu wollen. Dies ist denn auch geschehen.

Infolge der vom Herrenhaufe vorgenommenen Änderungen des Geieesentwurfs mußte sich das Abgeordnetenhaus erneut mit ihm beschäftigen. Auch in diesem Sinne gelangte das Gezet nach Ueberwindung einiger formaler Schwierigkeiten zur einstimmigen Annahme. Da aber auch das Abgeordnetenhaus eine Ubrigeits nicht wesentliche Änderung des vom Herrenhaufe zurückgekommenen Geiees vornahm, muß letzteres noch einmal dem Herrenhaufe zugehen. Dieses tritt jedoch bald wieder zusammen, und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die endgültige Erledigung binnen kurzem erfolgt sein wird.

Aus den vom Herrenhaufe vorgenommenen Änderungen ist als eine erfreuliche Verbesserung zu verzeichnen, daß für Städte über 10 000 Einwohner die Wohnungsordnungen Bestimmungen über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen enthalten sollen. Die „K a n n“-Vorschriften der Regierungsverlaue sind dadurch wenigstens für diese Städte in „M u ß“-Vorschriften umgewandelt. Das Herrenhaus nahm auch eine Resolution an, worin es heißt, daß es, wenn der Wohnungsnot, die besonders nach dem Friedensschluß stark hervortreten wird, vorgebeugt werden soll, großer staatlicher Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete bedarf, namentlich der ausgiebigen Bereitstellung von Baugeld, Baugeld und Verkehrsmitteln, sowie einer engen Zusammenarbeit des Staates mit den durch die Wohnungsnot bedrohten Gemeinden.

Die Anhänger einer Wohnungsreform haben durch die Inanspruchnahme und ihren Wünschen vielfach entsprechende Erledigung des Wohnungsgeiehes in Preußen wenigstens in diesem Bundesstaate einen Sieg errungen. Die lange Jahre hindurch vertretenen Anschauungen über die Notwendigkeit einer Wohnungsreform und die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Materie haben zwar nicht im Reiche, was zweifellos besser gewesen wäre, aber dafür doch im größten deutschen Bundesstaate Gehör und Erfüllung gefunden. Das preußische Beispiel muß Nachwirkungen ausüben überall, wo gleichfalls ein Einzeiff der Landesgesetzgebung erforderlich ist. Es ist somit ein erheblicher Schritt weiter getan auf dem Wege der Wohnungsreform. Daß es mit der Wohnungsfrage so wie bisher nicht weiter gehen konnte, wird kaum noch von einer Seite bestritten, wenn wir absehen von einigen großstädtischen Ausschüßberatern. Reichstagsabgeordneter Staatsminister a. D. Graf Bosadowskh-Bekner sprach kürzlich die begründete Befürchtung aus, daß nach dem Kriege eine Wohnungsnot in den großen Städten Platz greifen werde, es sei daher dringend erforderlich, schleunigst Vorlese zu treffen, daß dieser Mißstand abgewendet werde. Daß mit der Herstellung von Wohnungen

die Wohnungsfrage Hand in Hand gehen muß, ist eigentlich selbstverständlich. Für unsere Bevölkerung müssen nicht bloß genügend Wohnungen vorhanden sein; diese müssen sich auch im menschenwürdigen Zustande befinden, und auch sonst sind alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Mißstände im Wohnungsweisen zu verhüten und zu beseitigen. Die in Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen drängen aber zu der Erkenntnis, daß nur durch die Gesetzgebung es möglich sein kann, derartige Mißstände zu beseitigen und Ordnung in das Wohnungsweisen zu bringen. Jetzt hat auch der Vorstand des Preußischen Städtetages sich der Frage angenommen und mit umfangreicher Begründung eine Einabe über die Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege an den Minister des Innern gerichtet. Sie behandelt zwei hauptsächlichste Gesichtspunkte: die Bereitstellung von Geld und Land zum Bauen und die Beschaffung von Arbeitskräften und Baustoffen. Der Städtetag weist darauf hin, daß alle Bereitwilligkeit der Städte und auch industrieller oder gemeinnütziger Unternehmungen zur Herbeiführung der nötigen Geldmittel nicht ausreichen, sondern daß hier Reich und Staat helfen müssen. Die Herausgabe von Baugeld und Baustoffen müsse zu einem Zinseszins erfolgen, der erheblich unter dem privatwirtschaftlichen Zinseszins liegt; denn anderen würden in der Ueberlassung die Mieten übermäßig hoch angesetzt werden, was eine nennenswerte dauernde Verteuerung des Wohnens zur Folge haben könnte. Diese Befürchtungen erwidern durchaus nicht unbegründet zu sein; denn schon jetzt sind zum Teil ganz erhebliche Mietssteigerungen zu verzeichnen. Es ist also eine erwidende Tat des Preußischen Städtetages, daß er die Regierung auffordert, auch ihrerseits rechtzeitig einzugreifen. ks.

Das ländliche Genossenschaftswesen nach dem Kriege.

Es ist eine durchaus berechtigte Frage der ländlichen Erzeugergemeinschaften, daß sie bei der Organisierung unserer Kriegswirtschaft längst nicht genügend berücksichtigt und zur Mitarbeit herangezogen worden sind. Auf dem vorjährigen Genossenschaftstag in Berlin gradete Verbandsdirektor v. Prodamm eine vom Verwaltungsrat ausgearbeitete Entscheidung ein, die die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Kriegswirtschaft sofort leitete, weil ihre Mitwirkung wertvolle Hilfe hätte leisten können. Ein anderer Führer der Landwirte, v. Wanaenheim, forderte auf derselben Tagung, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften in die bestehende Organisation der Lebensmittelversorgung eingegliedert würden. Selbst könne der Abbau der Zwangswirtschaft vorbereitet werden, so daß allmählich der beherrschende Zwang immer geringer und die freiwillige Mitarbeit der Erzeuger immer bedeutender werde. Soweit aber der einzelne Landwirt beitrete, sei, sich aus Eigenem der Mitarbeit zu entziehen, so werde er die Gesamtheit seiner Berufsgenossen gegen sich haben, was ohne Zweifel wirksamer sei als der beherrschende Zwang. Der Verbandstag stimmte diesen Ausführungen zu, und inzwischen hat man in den krisenwirtschaftlichen Organisationen den Fehler eingesehen und ist dazu übergegangen, die landwirtschaftlichen Genossenschaften mehr als bisher herauszuheben, was gute Erfolge gezeigt hat.

Für die Zeit nach dem Kriege stehen den ländlichen Genossenschaften große Aufgaben im Gebiete der Lebensmittelversorgung bevor. Ein genauer Kenner der Verhältnisse macht dazu im „Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt“ folgende treffende Ausführungen:

Es handelt sich besonders um zwei wichtige Aufgaben. Da ist einmal der örtliche Ausbau in der Richtung, daß schließlich ein jedes Dorf seine Genossenschaft hat. Will die Landwirtschaft den ihr gebührenden Einfluß im deutschen Wirtschaftsleben behalten, so muß auch sie sich zusammenschließen, feiner denn je, und diese die wirtschaftliche Lage der Landwirte stützende und fördernde Aufgabe fällt dem Genossenschaftswesen als dem wirtschaftlichen Zusammenhänge der einzelnen zu. In jedem Dorfe muß eine Genossenschaft vorhanden sein, die jedem Landwirte den Beitritt ermöglicht, die Ueberbrücke seines Betriebes an Geld und Erzeugnissen sammelt und dahin leitet, wo sie die heimtägliche Versorgung im Interesse der Landwirtschaft und nicht fremder Kreise finden: das Geld in die genossenschaftlichen Zentralstellen, um kreditbedürftigen Landwirten zur Hand zu sein, die Lebensmittel direkt zum Konsumenten in die Städte ohne unnötige Verteuerung durch den Zwischenhandel. Das ist die eine große Aufgabe, die Gründung von Genossenschaften in jedem Dorfe, an die nachhaltig erst nach Friedensschluß, wenn die Krieger heimgeführt sind, herangetreten werden kann.

Die andere Aufgabe aber ist gerade jetzt noch im Kriege von größter Bedeutung, das ist die Hochhaltung der sittlichen Idee des Genossenschaftsgedankens in dieser Zeit des Niedergangs der Wirtschaftsmoral. Die bedenklichsten Auswüchse hat das immer weitergreifende Zwangsregime der öffentlichen Verwaltung gezeigt. Der Wucher ist demnächst zur Verheerung geworden; ein heimlicher Schleich- und Tauschhandel hat sich entwickelt, dessen Organisation in mancher Hinsicht als vollkommener bezeichnet wird als die öffentliche Zwangswirtschaft. In diesen Tagen, in denen das deutsche Volk sein größtes Schicksal erlebt, häufen sich bei den Gerichten die Anzeigen wegen Kriegswuchers, Betrugens, Diebstahls wie nie in Friedenszeiten. Die Prozesse können kaum noch betätigt werden. Der Rechtsstaat vor dem Gezet ist ins Wasser geraten. Wo soll das hinführen? Es ist nicht so, daß mit der Wiederkehr geordneter Rechtszustände sich alles von selbst wieder auf den rechten Weg finden wird; wenn diese Nebel weiterwüchsen, gelangen wir zu einer Inkultur und Unmoral, daß unsere heimtäglichen Krieger Schreden und Empörung erleben werden. Strafgeetze werden kaum eine Besserung herbeiführen. Die Umkehr muß von einzelnen ausgehen. Ein jeder muß seinen Mitmenschen ein Beispiel geben, hier einzugehen in eine der hehrsten und ernstesten Aufgaben unserer Genossenschaftswesen und ihrer Leiter.

In diesen Tagen kommt die wirtschaftliche und die sittliche Seite des Genossenschaftswesens recht deutlich zum Ausdruck. Die Genossenschaften sollen ihren Mitgliedern materielle Vorteile bringen, und sie sollen sie andererseits auch mit dem Geiste des Solidarismus erfüllen. Das eine vertritt sich sehr wohl mit dem anderen. Auch für die Landwirtschaft erscheint eine Stärkung des Solidaritätsgefühls dringend notwendig, damit ihr über der Wahrung wirtschaftlicher Interessen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller Volksgenossen nicht verloren geht. Während des Krieges ist das Mißverhältnis zwischen Erzeugern und Verbrauchern auf der Spitze angetrieben, und das Verhältnis ist geradezu unerträglich geworden. Wir wollen aber hoffen, daß es den ländlichen Genossenschaften in der künftigen Friedenszeit gelinht, das Erzeugerinteresse mit dem Verbraucherinteresse in Einklang zu bringen. Es kommt lediglich auf den guten Willen an, daß dies geschieht.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 1. Februar 1918.

Die erste Zentralratsitzung im neuen Jahre beidäufigte sich vor Eintritt in die Tagesordnung mit den ihr zu Obren gekommenen, von radikaler Seite ansachenden Beiträgen, die Arbeiterkraft in einen allgemeinen Streik zu rufen. Nach kurzer Aussprache, in der dieses Vorhaben allgemein Verurteilung fand, wurde folgende Erklärung angenommen, die auch der Tagespresse übermittelt worden ist:

Zur Mitteilungen aus den Kreisen der Arbeiter und durch zum Teil anonyme Flugblätter ist dem Zentralrat zur Kenntnis gelangt, daß von unverantwortlicher Seite versucht wird, die Arbeiter allgemein zur Arbeitsverweigerung anzuregen. Aus den vorliegenden Flugblättern mit aller Deutlichkeit hervorzugehen, handelt es sich dabei um eine Demonstration zur Erreichung politischer Ziele. Dabei wird die durch die Lebensmittelknappheit hervorgerufene Erregung benutzt, um die Arbeiter zur Teilnahme am Streik zu bewegen.

Der Zentralrat hält nach vor eine solche unangehörige Abhaltung der auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung bestehenden Mißstände für dringend notwendig. Insbesondere möchte man sich dafür freuen, daß die vorhandenen Vorräte vollständig erfaßt und in geordneter und gleichmäßiger Weise verteilt werden, und daß nach keiner Richtung hin eine Verzerrung erfolgt. Eine allgemeine Streikbewegung würde aber nach Ansicht des Zentralrats nur eine Vermehrung der Schwierigkeiten zur Folge haben. Es besteht außerdem die Gefahr, daß dadurch die freiwillige Einwirkung im Innern, wie insbesondere die Reform des preußischen Wahlrechts eher erschwert als erleichtert wird. Der Zentralrat verurteilt deshalb jene das Wohlstand schädigenden Behauptungen auf das schärfste, warnt die Mitglieder der Deutschen Arbeitervereine und alle auf freisinnig-nationalen Boden stehenden Arbeiter und Arbeitervereine eindringlich, sich an ihnen zu beteiligen und erwartet von ihnen, daß sie alle Aufforderungen, die Arbeit niederzulegen, entschieden ablehnen, sowohl im vaterländischen wie im wohlverstandenen eigenen Interesse.

Sodann wurde statutenmäßig die Vornahme der Zentralratsberichtigungen vorgenommen, wobei die Kollegen Gleichauf, Raab und M. Schumacher einstimmig wiedergewählt wurden. Der Verbandsrevisor Kollege Scholz ergriffte darauf den Kassenbericht für das vierte Quartal 1917 und gab weiter einen Ueberblick über den Kassenabstufung für das Jahr 1917. Als

erzenteile Tatsache kann aus dem Bericht verzeich- net werden, das auch im letzten Vierteljahr die Wichtigkeit der Zentralen Gewerksvereine eine erhebliche Zunahme anwies. Dieser und Belege werden wie immer in mauerhafter Ordnung vor- geschanden.

Von den Mitteilungen des geschäftsführenden Ausschusses verdient besondere Erwähnung, das jüngsten Herrn und Frauen ein Kongress der auf freibetrieblich-nationalen Boden stehenden Arbeiter- und An- wesenvereine stattfinden wird. Die Zahl der Mitglieder der bisher zur Teilnahme ge- meindegen Verbände beträgt bereits auf nahezu 22 Millionen. Stouffe Gletmann berichtete sodann über Sitzungen, in denen über die Unabhängigkeit der Bauarbeiter für Auszubildende wegen Mobilmachungsbedenken berathen wurde, und was die ge- löstigen Schritte betrafen. Herr Weinmann machte Mitteilungen über Vorkämpfe auf den Wer- ken in Wien.

In einer lebhaften Ansprache führte die Stadtverordnetenversammlung des Verbandsvor- sitzenden. Durch einen Unfall konnte Stouffe- Hartmann nicht in der entscheidenden Wählerver- sammlung erscheinen, was zur Folge hatte, daß an seiner Stelle ein anderer Kandidat aufgestellt wurde. Die Waise in einer Erklärung der Ver- tretung von Gewerksvereinen in den Stadt- parlamenten, in der einerseits der entscheidende Grund angegeben wurde, daß eine solche Ver- tretung notwendig erforderlich sei, andererseits aber auch betont wurde, daß Voraussetzung für die Erfüllung dieses Zweckes sei, daß die Interessen in den politischen Organisationen betätigen und für die Interessen der Gewerksvereine ein- treten. Weiter betonte der Zentralrat wegen des immer wichtiger werdenden Radiumproblems und der hohen Verschuldenstände das Verbandsvor- sorge nach nächsten Vierteljahr ab nur noch wirt- schaftlich herauszuheben. Dabei wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich nur um eine vorüber- gehende Maßnahme handele. Vor Schluß der Sitzung berichtigte der Verbands- vorstehende Stouffe Hartmann noch kurz über das in Aussicht genommene Programm für die Feier des 50jährigen Bestehens des Ver- bandes der Deutschen Gewerks- vereine im Herbst dieses Jahres.

Die Entschädigung des Zentralrats zur Woh- nungsfrage, die wir in unserem Zentralratsbericht in Nr. 101-102 1917 veröffentlicht haben, ist auch dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten zur Kenntnis gebracht worden. Darauf ist eine Antwort eingegangen, in der es heißt, daß soweit die nötigen Maßnahmen nicht bereits durch das in Aussicht stehende Zustandekommen des Wohnungs- gesetzes gefördert werden, die zur Verhütung der Verringerung einer Wohnungsart für den Wohnungs- zweck des Ministers noch weiter in Betracht kommenden Schritte in Vorbereitung seien. In der Frage der rechtzeitigen Beibehaltung von Bau- rissen sind innerhalb der beteiligten preussischen Verwaltungen bereits Verhandlungen abgeschlossen worden. Die jetzt von dem zunächst zuständigen Reichswirtschaftsamt fortgesetzt werden sollen.

Ueber das Stadium der Vorbereitungen und Verhandlungen ist man also immer noch nicht herausgekommen. Es wird aber nachgerade höchste Zeit, daß dieselben sich zu einer kritischen prak- tischen Maßnahme verdichten. Unseres Erachtens hat man schon allzu lange damit ge- zögert, und die Gefahr einer von den idiosyncras- tischen Begleiteten Wohnungsnot ist in bedrohliche Nähe gerückt. Da sollten die verantwortlichen Stellen wirklich etwas mehr Dampf hinter die wichtige Sache machen, damit uns Zustände er- wartet bleiben, wie sie sich nach dem letzten französi- schen Kriege in den großen Industrieregionen heraus- gebildet haben.

Die Streikbewegung, die von Berlin aus- gehend, auch auf andere größere Städte überge- ritten hat, läßt sich in ihrem Umfang und ihrem Verlauf zur Zeit, da diese Zeilen abgedruckt wer- den, noch nicht übersehen. Nächste Woche wird darüber ein abschließendes Urteil möglich sein. Ueber ihren Charakter aber kann schon heute gesagt werden, daß sie rein politischen Zwecken dient, wie dies auch in der an anderer Stelle mit- geteilten Erklärung des Zentralrats zum Ausdruck gebracht wird. Wer daran zweifelt, braucht nur die verschiedenen Flugblätter zur Hand zu nehmen, die in der Woche vor dem Streik in den Betrieben namentlich der Rüstungsindustrie verbreitet wor- den sind. Die von sozialdemokratischer Seite aus- gesprochene Behauptung, die Bewegung sei spontan

aus der Arbeiterenschaft selbst entstanden, fällt damit ebenfalls in sich zusammen. Vielmehr ist systema- tisch von „unabhängiger“ Seite auf den Massen- streik hingearbeitet worden.

Den Umfang, den die Antifiter der Bewegung erhofft haben, hat dieselbe nicht angenommen. Wohl haben, teils in der Zustimmung über die schlechten Ernährungsverhältnisse, teils unter dem Druck „toleranter“ Arbeitskollegen Hundert- tausende von Arbeitern die Arbeit niedergelegt. Gebno viele aber sind festgeblieben, und in dem Straßenbild der großen Städte, insbesondere Berlins, war kaum eine Veränderung zu be- merken.

Die Stellung der Verbandslei- tung zu dem Streik ist in der Erklärung des Zentralrats unabweislich festgelegt. Unsere Kol- legen haben, soweit dies die vorliegenden Nach- richten erkennen lassen, auch danach gehandelt. In vielen Betrieben konnten sie der Mahnung nicht Folge leisten, weil dieselben geschlossen waren. Vereinzelt haben sie auch dem Druck der „Unab- hängigen“ nachgegeben und sind mit in den Streik getreten. Hier und da man es keinen anderen Aus- weg gegeben haben; mancher aber hat auch das nötige Maß nicht vermissen lassen. Die arbi- trären Gewerkschaften haben eine ähnliche Forderung erhoben wie wir, ebenso auch die Po- litische Gewerksvereinsvereine. Die freien Gewerkschaften haben sich jedoch vollständig im Hintergrunde gehalten. Die Generalkommissi- on begründet diese Haltung damit, daß dieser Streik eine rein politische Angelegen- heit sei. Sehr inwieweit ist diese Rechtfertigung nicht, und nur der Parrieden verbietet uns, daran unsere Kritik zu üben.

Kritik von der Bewegung wird die deutsche Arbeiterchaft nicht haben. Den Scharfmachern und Reaktionsären oder ist wieder einmal Wasser auf die Mühlen geflossen worden. Und die Früchte des Streiks, so fürchten wir, werden die Gelben später einbehalten.

Auf einer Konferenz der Tabakarbeiterver- bände, die am 10. Januar in Frankfurt a. M. statt- fand, wurde das Ergebnis der letzten Lohn- eingabe besprochen und nach gründlicher De- batte folgende Entschliessung angenommen:

Die am 10. Januar 1918 in Frankfurt a. Main tagende Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände be- deutet, daß es in der Tabakindustrie infolge des Ver- haltens der Fabrikationsgesellschaften immer noch nicht möglich gewesen ist, eine einheitliche Regelung der Wünsche der Tabakarbeiter betreffend Zulagen zu erzielen. Die Konferenz erklärt, daß sie es nach wie vor für nötig hält, die Verhandlungen auf zentraler Grund- lage zu regeln, um so in geeigneten Umständen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kommen. Die Konferenz ist der Meinung, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsfragen am besten gefördert werden kann. Verzüglich der Wünsche der drei Tabakarbeiterver- bände, wie sie die Vertreterkonferenz am 16. November 1917 formuliert hat, bringt die heutige Konferenz mit Bedauern zum Ausdruck, daß die gewünschte 60 v. H. Zulage nicht von allen Organisationen der Fabrikanten ihren Mitarbeitern gegenüber zur Zahlung empfohlen worden sind.

Kerner hält es die Konferenz für unangebracht, daß die einzelnen Gruppen der Tabakarbeiter von einem Teil der Arbeitgeberorganisationen bezüglich der Zulagen verschieden behandelt werden.

Die Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände empfiehlt namentlich der Tabakarbeiterchaft, als Mindestzulage überall 50 v. H. zu erheben und dort, wo eine solche Zulage bisher nicht gemacht worden ist, erneut mit Hilfe der Organisationen vorzugehen, um so zu der nötigen Einheitlichkeit in der Zulagenver- handlung zu kommen und die Lebenshaltung der Tabak- arbeiter zu verbessern.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Ge- werblide Fragen führte zu einer Aussprache über die gegenwärtige Lage des Gewerbes und die Gefahren, die den Tabakarbeitern künftig durch etwaige Ueberbillung des Arbeitsmarktes usw. drohen. Auch wurde die etwa zu erwartende weitere Tabakarbeiterfrage und daran anschließend die Monopolfrage und die Frage der Juwan- gendkate in der Industrie besprochen. Zu Be- schlüssen in diesen Fragen kam es noch nicht. Bei dieser Gelegenheit wurde auch anzuregt, ob nicht eine größere Einheitlichkeit in den Einrichtungen der drei Tabakarbeiterverbände zu fördern sei; die Rücksicht auf die gemeinschaftliche Arbeit gegen ge- meinschaftliche Gefahren gebiete solches. Die Vor- sichten der drei Organisationen haben die Er- klärung ab, daß man auf dem Wege sei, die Kraft und Festigkeit und die nötige Einheitlichkeit durch Verbesserung der Einrichtungen zu schaffen.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland be- schloß am 26. Januar in einer gemeinsamen Sitzung seines Vorstandes, Arbeitsbeirats und Ar- beitsausschusses folgende

Rundgebung:

Vorstand, Arbeitsbeirat und Ausschuß des Volks- bundes für Freiheit und Vaterland begrüßen in ihrer aus allen Teilen Deutschlands beschieden Tagung am 26. Januar mit besonderer Freude die Erklärung des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 25. Jan. 1918, daß volles Einverständnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrsche. Der Volksbund verurteilt aufs ent- schiedenste alle Treibereien, die geeignet sind, das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu stören. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat nichts zu tun mit derartigen Nachschärfen. Im Verein mit seinen Bundesgenossen tritt es für Be- endigung des Weltkrieges durch ehr- liche Verhandlung mit den Gegnern ein.

Nichts würde die innere Einheit des Volkes mehr stärken als eine rasche Erledigung der preussischen Wahlreform auf der Grund- lage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Die Vorgänge im Ausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses mü- ßen den Eindruck einer bedrückenden Verschlep- rung hervorrufen und sind geeigneter, härteste Em- pörung in den weitaus Volkskreisen zu erwecken.

Angleich bedauert der Volksbund für Freiheit und Vaterland, daß die Forderungen des Ministes auf freiere Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsgesetzes bis- her bei den beteiligten Stellen kein Gehör gefunden haben. Die Nichtberücksichtigung dieser Forderungen hat ohne Zweifel die Stimmung der breiten Volks- schichten in sehr ungünstiger Weise beeinflusst.

Kücktritt des badischen Fabrikinspektors Dr. Wittmann. Die badische Fabrikinspektion hat sich von jeher des Rufes erfreut, daß an ihrer Spitze Männer von ausgeprägtem sozialen Verständnis standen. Der Name Dr. Wörrischofer, der zuerst die badische Fabrikinspektion leitete, wird so leicht nicht vergessen werden. Nach dessen Tode wurde Dr. Wittmann als sein Nachfolger nach Karlsruhe berufen. Es war keine leichte Erbschaft, die dieser antrat, aber heute darf unbedenklich ge- sagt werden, daß Dr. Wörrischofer kaum einen würdigeren Nachfolger hätte finden können. Denn Dr. Wittmann hat es sich angeeignet sein lassen, ganz im Geiste seines Amtsvorgängers seine soziale Tätigkeit auszuüben und hat es dadurch auch verstanden, sich das volle Vertrauen der badischen Arbeiterchaft zu erwerben. Nicht nur im Rahmen seiner eigenen Amtstätigkeit hat sich dies gezeigt, sondern auch wenn es galt, bei wirtschaftlichen Kämpfen vermittelnd einzugreifen. Daneben hat Dr. Wittmann auf literarischem Gebiet reiche sozialpolitische Arbeit geleistet, und es soll auch nicht seine lebhafteste Anteilnahme an den Leitungen der Gesellschaft für Soziale Reformen vergessen werden. Jetzt nun kommt die Nachricht, daß dieser verdiente Mann seinen Abschied angenommen hat und in den Ruhestand getreten ist. Nicht nur die badische, sondern die gesamte deutsche Arbeiterchaft wird stets in Dankbarkeit dessen gedenken, was Dr. Wittmann für sie geleistet hat, und begt vor allem den Wunsch, daß sein Nachfolger im Amte von derselben sozialen Seite wie er drückdrun- gen ist.

Die Schuld an der Teuerung. Die Frage, wen die Schuld an der Teuerung trifft, ist eine viel umstrittene. In den Kreisen des Handels und der Landwirtschaft behauptet man, die hohen Löhne der Arbeiterchaft trügen die Schuld an den hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfs- gegenstände. Daß dem nicht so ist, sondern daß die Löhne erst erhöht wurden, nachdem die Arbeiter mit den geringen Löhnen nicht mehr die gesteigerten Lebensunterhaltungskosten tragen konnten, ist schon mehr als einmal nachgewiesen worden. Der Gegenbeweis, daß zuerst die Löhne acitigen seien und dann erst die Lebensmittel, konnte bisher nicht erbracht werden. Es ist bekannt, daß man zum Höchstpreis manches nicht haben kann. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Rüstungsbetriebe und sogar Kommunalverbände suchten mehr als einmal dazu übergehen, den Höchstpreis zu überschreiten, um überhaupt Lebensmittel zu erhalten. Trotzdem verdrängen weite Kreise der Landwirtschaft und des Handels ihr Verhalten damit zu rechtferti- gen, daß die hohen Preise ihnen angeboten, ja „geradezu aufgedrängt“ worden seien, daß also die Schuld an der Uebersteigerung der Höchstpreise nicht die Produzenten und Händler, sondern die Konsumenten trügen. Es mag ein Körnchen Wahr- heit darin liegen, daß die Konsumenten hohe Preise

Aus dem Verbands.

anboten und noch anbieten. Das geschieht aber nicht, weil sie ihr Geld los sein wollen, oder weil ihnen das Zahlen der hohen Preise Vergnügen macht, sondern es geschieht lediglich deshalb, um die von Landwirtschaft und Handel zurückgehaltene Waren, die sie zu normalen Preisen nicht herausgeben, zu bekommen. Nur die bittere Not zwingt die Konsumenten, hinauszugehen auf den Land, um dort für höhere Preise sich einige Lebensmittel zu beschaffen. Da Hunger weh tut und jeder etwas zu erhalten sucht, überbot man sich, und die Landwirte und Händler nutzten die Not des Volkes vielfach aus. Es ist eine bekannte Tatsache, daß man auf dem Lande bei dem Anbot von hohen Preisen vielfach abgewiesen wird mit dem Bemerkten, dafür seien Lebensmittel nicht zu haben. Sie (die Landwirte) könnten weit mehr bekommen. Sie veranlassen damit, den sich in Not befindlichen Konsumenten oder auch Freie, denen es aus Geld nicht ankommt und die noch nicht gelernt haben, sich einzuschränken, noch höhere Preise anzubieten. So treibt ein Keil den andern. Man kann aber gewiß nicht sagen, daß die Konsumenten nun die Schuld daran tragen, daß die normalen Preise und die Preise im Schleichhandel von Woche zu Woche gestiegen sind. Die Hauptschuld tragen die Landwirte und Händler, die ihre Produkte solange zurückhalten, bis weite Kreise, soar Nahrungsmittelbetriebe und Kommunalverbände gezwungen waren, höhere Preise zu bezahlen. Alle Landwirte mögen einmal den armen abgearbeiteten Arbeitern, dem notleidenden Mittelstand und den Beamten ihre Produkte zu normalen Preisen anbieten, sie mögen die Kriegsgewinnler, die mit geldlichem Geldschatz kommen, zur Hinabwerfen, sich mehr den Verordnungen, die das Beste wollen, anpassen und ihren Egoismus zurückdrängen, dann würden bald geordnete Verhältnisse Platz greifen und die Produkte zu einigermaßen erschwinglichen Preisen zu haben sein.

In die Lebenshaltung der Arbeiter Frankreichs während des Krieges geben einige statistische Erhebungen einen Einblick, die im französischen amtlichen Arbeitsblatt zusammengefaßt und veröffentlicht sind. Im Vergleich gezogen werden vorzugsweise die Zahlen aus den Jahren 1911 und 1916.

Demnach sind die Löhne der männlichen Arbeiter im Handwerk von 4,55 Franken 1911 auf 5,56 Franken 1916 und solche in der Großindustrie von 5,48 Franken 1911 auf 6,83 Franken 1916 gestiegen, die der Frauen von 2,21 auf 2,57 bzw. von 2,99 auf 4,12 Franken.

Der durchschnittliche Betrag, den ein Junge für Kost und Wohnung monatlich zu zahlen hatte, hob sich von 70 Franken im Jahre 1911 auf 99 Franken im Jahre 1916; die Mehraufgabe für 13 wichtige Lebensmittel, berechnet nach dem Bedarf einer vierköpfigen Familie, stieg von 1044 Anfang 1911 auf 1466 Ende 1916. Die Zahlen der Vorkriegszeit gleich 100 gesetzt, ergibt das eine Steigerung:

	in der	in der
	im Handwerk	Industrie
der Löhne	116	138
der Frauen auf	122	127
der Männer auf		

Die Kosten für Wohnung und Nahrungserhöhen sich demgegenüber auf 141 und für die wichtigsten Lebensmittel auf 145.

Die männlichen Löhne sind danach in Handwerk und Industrie ungefähr gleich stark um rund 25 v. H. gestiegen, während die weiblichen in der Fabrik stärker (um 38 v. H.) als im Kleingewerbe (um 16 v. H.) anwachsen. Die Kosten für Lebensunterhalt sind in der gleichen Zeit aber verhältnismäßig stärker gestiegen, nämlich um 41 und 45 v. H.

Die Löhne für die Landwirtschaftlichen Arbeiter haben sich am stärksten entwickelt. Sie stiegen von 1914—1916, wo keine Bestätigung gewährt wurde, von 3,43 Fr. auf 5,15 Fr., also um 50 Prozent, bei Gewährleistung von Bestätigung von 2,23 Fr. auf 3,52 Fr., also um 58 Prozent.

An den Lohnsteigerungen sind die einzelnen Berufe und Gegenden verschieden beteiligt. Im allgemeinen ist im Nordosten die geringste, im Westen eine stärkere Steigerung der Löhne zu verzeichnen. Unter den Berufen sind für die männlichen Arbeiter am meisten benachteiligt die Lederindustrie, die Erdarbeiter und die Tagelöhner, die 1911 die schlechtesten Löhne hatten. Die geringsten Steigerungen erzielten Buchdrucker und Bauarbeiter. Für die Frauen finden sich die stärksten Steigerungen bei den Metallarbeiterinnen mit 62 Prozent und bei den Sandlauerinnen mit 59 Prozent, während der Durchschnittssatz in der Industrie für Frauen 38 Prozent beträgt. Weit unter diesem Durchschnitt bleiben aber A. B. die Arbeiterinnen in der Textilindustrie mit 20 Prozent.

Berlin. Auf Einladung des geschäftsführenden Ausschusses legte am 15. Januar im Verbandshaus eine Konferenz der in der Umgebung von Berlin liegenden Ortsverbände, deren Vorsitz den Berliner Ortsverband einnahm, zu dem auch die Ortsvereine Groß-Berlins eingeladen waren. 80 Vertreter hatten sich zu der Konferenz eingefunden, deren Vorsitz dem Kollegen Jordan übertragen wurde. Das einleitende Referat hielt der Verbandsvorsitzende Kollege Hartmann, der auf die großen Schwierigkeiten hinwies, die unser Wirtschaftsleben in den ersten Monaten des Krieges zu überwinden hatte. Der ursprünglichen Arbeitslosigkeit folgte bald ein Arbeitermangel. Keineswegs macht sich wieder ein Arbeitermangel bemerkbar. Zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens haben die Organisationen der Arbeiter außerordentlich viel beigetragen. Das ist auch allgemein anerkannt worden, wenn es auch in den Reihen der Arbeiter selbst nicht an Beifall fehlte, die sein Verständnis für die Maßnahmen der Organisationsleitungen besaßen und schmerzlich empfanden. Glücklicherweise ist deren Zahl nur gering. Nun gilt es die Vorarbeiten für die Uebergangswirtschaft zu treffen. Auch hier sind die Schwierigkeiten nicht gering. Große Aufgaben werden zu bewältigen sein. Erfreulicherweise sind ja manche sozialpolitischen Fortschritte erzwungen worden, wie die Verbesserung der Altersgrenze für die Altersrente, die Verabschiedung des Reichsversicherungsrechtes, die Zuschüsse für Invaliden- und Unfallrentner. Aber viel mehr muß noch geleistet werden. Von den Forderungen, die der Verbandstag im Jahre 1916 aufgestellt hat, ist nur ein kleiner Teil erfüllt. Daneben gibt es noch mancherlei andere Forderungen, die dringend der Lösung harren. Wenn wir Erfolg darauf gewinnen wollen, so müssen wir vor allen Dingen dafür sorgen, daß wir eine Macht bilden und besitzen, den Einfluß der auf freigeilich-nationalem Boden stehenden Arbeiter zu stärken. Ausführend dafür sind vorhanden. Sie können aber nur verwirklicht werden, wenn alle Glieder der Organisation tätige Mitarbeiter leisten, insbesondere auch die Ortsverbände. Ihre besonderen Aufgaben bestehen darin, Stellung zu nehmen zu allen wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung, neue Berufe zu gewinnen, die sozialen Forderungen durchzuführen, das Interesse für die Gewerbetriebe bei den Arbeiterinnen und Jugendlichen zu wecken usw. Die Durchführung der Forderungen der Gewerbetriebe macht die Mitarbeit ihrer Führer in den Parlamenten notwendig; deshalb muß auch auf die Stärkung des parlamentarischen Fonds hingewirkt und eine regere Mitarbeit der Gewerbetriebsmitglieder in den politischen Vereinen angestrebt werden. Die politische Unabhängigkeit kann dabei sehr wohl gewahrt werden. Wenn unsere beherrschten Grundfragen müssen die Gewerbetriebe allen 3 aufstellen, um im kommenden neuen Deutschland zu größerem Einfluß zu gelangen. Das wird besonders dann geschehen, wenn wir die Zahl unserer Mitglieder erheblich vergrößern. Alle Ortsverbände und Ortsvereine müssen dazu ihre Kräfte einbringen.

In der auf den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgenden Ausdrücke bekräftigte man sich im wesentlichen mit der Ausgestaltung der wirksamen Tätigkeit der Ortsverbände. Ein Teil der Redner befürwortete die Gründung eines Ortsverbandes für Groß-Berlin, um eine bessere Zusammenarbeit und auch eine stärkere Einwirkung auf die Tagespresse herbeizuführen. Andere Redner wiesen dagegen auf die Tätigkeit der Sozialen Kommission hin, die laut Beschluß des Verbandstages 1910 in Verbindung mit dem geschäftsführenden Ausschuss für Berlin die allgemeinen Gewerbetriebsaufgaben zu erledigen hat. Wenn ihre Tätigkeit nicht immer so handgreiflich zu erkennen gewesen sei, so liege das daran, daß ihr seitens der Mitglieder und auch einzelner Ortsvereine nicht immer das genügende Interesse entgegengebracht worden sei. Von einigen Rednern wurde auch das offene Bekanntnis der Zugehörigkeit zur Gewerbetriebsbewegung und das fröhliche Eintreten für die Idee und das Ansehen der Organisation seitens aller Mitglieder als ein Mittel zur Förderung der Gewerbetriebsbewegung hingewiesen.

Ein etwas früh eingetragener Schlussvortrag machte der anregenden Aussprache ein Ende. Nach einem fröhlichen anerkennenden Schlusswort des Referenten konnte der Vorsitzende bei Schluss der Konferenz feststellen, daß die Aussprache zweifellos eine Neubelebung des Organisationsinteresses erzielt hat. Möge sich diese Hoffnung in reichem Maße erfüllen.

Düsseldorf. Wegen der Arbeitseinstellungsbewegung nahm am Sonntag, den 27. Januar 1918 eine Vertreterversammlung der Deutschen Gewerbetriebe einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt:

Die Sitzung nimmt Kenntnis von den Flugblättern, die an den letzten Tagen von der unabhängigen Sozialdemokratie und von namenlosen Herausgebern unter der Arbeiterchaft verteilt worden sind.

Die Vertreter beurteilen die in den Flugblättern enthaltenen offenen und verborgenen Aufforderungen zu Streiks und Arbeitseinstellungen, um politische Ziele zu erreichen, da dadurch die Interessen der deutschen Arbeiter sehr zu geschädigt werden.

Die Vertreter warnen ihre Arbeitssolanten und Kolleginnen entschieden vor irgendwelchen Unbesonnenheiten, durch die lediglich die Bestrebungen der Feinde Deutschlands auf wirtschaftliche Vernichtung unseres Vaterlandes und damit die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz auch der Arbeiterchaft gefördert werden. Die Vertreter sind überzeugt, daß die inneren Gründe für die Möglichkeit der genannten Flugblätter und ihrer Verteilung nur durch die unklare Haltung

der Reichsleitung in den Fragen des Aufbaus und inneren Politik, insbesondere durch die Maßnahmen gegenüber der Vaterlandspartei geschaffen worden sind, und richten daher an die Reichsregierung die dringende Aufforderung, eine klare und zureichende Haltung in diesen Fragen einzunehmen und beizubehalten. Dergleichen gehört:

1. Das feste, aufrichtige Festhalten an den Grundsätzen der Friedliebendmachung des deutschen Reiches vom 19. Juli 1917 als einem Eckstein zum Verteidigungskrieg und Verständigungsfrieden, durch den Verwaltungen ausgeschlossen werden.

2. Die genaue Beachtung des Geistes der Gesetz bei ihrer Ausführung, insbesondere des Disziplinargesetzes und die gleichmäßige Behandlung aller Parteien.

3. Die Durchführung einer gerechten Lebensmittelparteilung, damit allen Volksgenossen das Durchhalten erleichtert wird, sowie

4. Die unverzügliche, ehrliche Erfüllung der vom Kaiser und Könige in seinen Verfügungen von Osnabrück und Juli 1917 dem preussischen und deutschen Volke zugesagten Einführung eines freigeilichlichen Wahlrechts in Preußen.

Bersammlungen.

Berlin. Vorstand der Deutschen Gewerbetriebe. Verbandshaus der Deutschen Gewerbetriebe (S.-D.). Neben A. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, den 6. Februar. — Konstituierung des Vereins Groß-Berlin (Orts. II S.-D.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Sport-Restaurant“, Dierckstr. 1. Die beiden anderen Diensttage Sitzung, Lütkewitzstr. 93 bei Gerecht. — Sonnabend, den 2. Februar 1918. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8—10 Uhr. Abends im „Nordwest-Palast“, Alt-Moabit 35. — Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin V. Abends 8½ Uhr bei Kamp, Salzgitterstr. 126.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren

Georg Wegener. Der Fall von Eizen und Feuer. Zweiter Teil: Champagne—Verdun—Somme, 160 S. mit 32 Abbildungen. Leipzig: F. A. Brockhaus, 1917. Geb. 1,50 Mark. — Das deutsche Buch vom großen Kriege wurde von deutscher Seite der erste Teil dieses Werkes genannt. Der zweiten erscheinende zweite tritt ihm würdig an die Seite. Er umfaßt die kriegerischen Ereignisse vom Sommer 1915 bis ungefähr Ende 1916. Die Kämpfe in der Champagne im Herbst 1916, unter Angriff auf Verdun und die Schlacht an der Somme im Sommer 1916 bilden die drei gewaltigen Höhepunkte, die sich durch den Verfasser laufende Gestaltungskraft und ständige Schilderungsreife zu einem einheitlichen Kriegsdrama zusammenfügen.

Anzeigen-Teil.

Rachruf!

Im hohen Alter von 86 Jahren ist unser lieber Verbandskollege

Endwig Frick

verstorben und am letzten Sonntag zur letzten Ruhe beigesetzt worden. Der Dahingegangene war Mitbegründer des Ortsvereins der Fabrik- und Bankarbeiter Eiden und damit des ersten Ortsvereins unserer Ortsverbände. Auch später hat er sich stets regen an der Gewerbetriebsbewegung beteiligt und sein Interesse daran bis zum Tode erhalten. Wir werden ihm deshalb auch über das Grab hinaus ein herzliches Andenken bewahren.

Ortsverband Hannover, Eiden und Umgebung.

H. A. Fr. V. o. h.

Altenregister für Arbeitersekretariate,

in übersichtlicher Weise einrichtet zur Eintragung der angelegten Akten. Hauptzweck für jedes Arbeitersekretariat und jede Reichsausschüsse der Deutschen Gewerbetriebe. Daneben Überblick über den Verlauf der behandelten Fälle.

Nr. 1 für 100 Akten Preis 3,00 Mark

„ 2 „ 500 „ 8,00

Außerdem empfehlen wir wiederholt:

Eintragebücher für die Statistik

Form. D Nr. 1 für etwa 200 Auskünfte 1,50 Mk.

Form. D Nr. 2 „ „ 500 „ 3,00

Form. D Nr. 3 „ „ 1000 „ 5,00

Formulare für Unfall- und Invalidenfällen.

Form. A für Verunglückten (25 Stk.)

Form. B „ Returs- bzw. Revisionschriften (1,50 Mk.)

Personalienfragebogen.

Form. C. 50 Stk. 1,50 Mk.

Verfendung nur gegen Vorüberlegung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin, Greifswalderstraße 221/222.